



NIEDERSACHSEN GESTALTEN WIR – DER ZUKUNFTSPLAN ZUR LANDTAGSWAHL

Zwei Jahre Pandemie, der fortschreitende Klimawandel und nicht zuletzt der zerstörerische Angriffskrieg von Putin gegen die Ukraine: Wir leben in einer Welt globaler Krisen, die unseren Planeten, unsere Gesellschaft und unsere Lebensweisen bedrohen. Während durch das Coronavirus bereits zwei Jahre lang an keine Normalität zu denken war und wir sowohl wirtschaftliche als auch gesellschaftliche Einschränkungen hinnehmen mussten, stellt uns nun der Krieg in der Ukraine vor neue Ungewissheiten und Herausforderungen. Als IG Metall verurteilen wir die Kriegshandlungen aufs Schärfste. Putins Angriffskrieg ist durch nichts zu rechtfertigen und unentschuldig - jede Kampfhandlung muss ein Ende haben, die Waffen niedergelegt und Frieden auf dem Wege der Diplomatie gefunden werden. Unsere Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine. Wir sind in Gedanken bei den Opfern und Betroffenen.

Wir fordern alle Beteiligten auf, gemeinsam an einer dauerhaft stabilen, gesamteuropäischen Architektur für Frieden und Sicherheit zu arbeiten. Deutschland kommt, wie der gesamten Europäischen Union, dabei eine Schlüsselrolle zu. Frieden und Sicherheit sind elementare Voraussetzungen für eine nachhaltige und gerechte Entwicklung Osteuropas, aber auch für den ganzen Kontinent. Hierzu haben wir als IG Metall digital wie analog zahlreiche Veröffentlichungen bereitgestellt und Positionen bezogen.

(► Mehr auf www.igmetall-nieder-sachsen-anhalt.de)

Zweifelsohne verändert der Krieg in der Ukraine auch das Leben hierzulande: Steigende Energiepreise und Lebenshaltungskosten sowie eine ausufernde Inflationsrate müssen von der Politik gestoppt werden. Die Integration geflüchteter Menschen aus der Ukraine muss bestmöglich und unbürokratisch stattfinden. Auswirkungen auf die hiesige Wirtschaft sind, soweit möglich, durch den Staat abzufedern. Auch für die Bürgerinnen und Bürger Niedersachsens löst der Krieg auf europäischem Boden große Bestürzung, breite Solidarität und nachdenkliche Zukunftsfragen aus.

Da Niedersachsen am 9. Oktober 2022 einen neuen Landtag wählt, wollen wir mit unserem Zukunftsplan für unser Bundesland etwas Orientierung geben und die Herausforderungen beleuchten, die durch den Krieg stellenweise noch größer geworden sind - aber auch Projekte beleuchten, die das Potenzial haben, die soziale Gerechtigkeit im Land zu fördern, Fortschritt zu bringen und Wohlstand gerechter zu verteilen.

Denn: Die Arbeitswelt, die gesamte Industrie und auch weitreichende Teile unserer Gesellschaft werden in den kommenden Jahren mit weitreichenden Veränderungen konfrontiert. Der Umbruch, den der Klimawandel, die Digitalisierung sowie die notwendige Transformation ganzer Wirtschaftszweige mit sich bringen, wirft viele Fragestellungen auf und verlangt neue Antworten. Um kluge Strategien im Strukturwandel zu verfolgen und die weitere Zukunft des Landes auf ein sicheres Fundament zu bauen, braucht es zeitnahe Entscheidungen und Weichenstellungen. Hierfür ist eine Politik erforderlich, die einerseits die Rahmenbedingungen für den sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft und des Wirtschaftslebens intelligent gestaltet, andererseits aber auch durch staatliche Mittel direkt unterstützt.

Inmitten der schwersten Krisen seit Gründung der Europäischen Union – sei es der Krieg in der Ukraine oder die Eindämmung der Corona-Pandemie – finden die größten Umbrüche der Wirtschaft seit der industriellen Revolution statt. Ganze Geschäftsmodelle stehen auf dem Prüfstand oder vor dem Aus. Die Wirtschaft soll digitaler und muss klimaneutraler werden. Dieser Forderung wollen Unternehmen und Belegschaften sowie die Gewerkschaft nachkommen: Den Weg kann man jedoch nur gemeinsam beschreiten und er muss vor allem politisch mit Rahmenbedingungen und massiven Investitionen flankiert werden. Angst ist dabei ein schlechter Ratgeber.

LANDTAGSWAHL AM
09. OKTOBER 2022

MEHR ALS 8 MIO.
EINWOHNERINNEN
UND EINWOHNER

RUND 270.000
METALLERINNEN
UND METALLER

GENAU 9 IG METALL
GESCHÄFTSSTELLEN

In vielen Betrieben greifen Sorgen und Ängste vor den bevorstehenden Umbauten um sich, welche sich durch den Krieg in der Ukraine, die Corona-Pandemie, Kurzarbeit, Material- und Lieferengpässe, sowie Verlagerungen von Standorten und Betriebs-schließungen, oftmals weiter verschärft haben. Als Gewerkschaft treibt uns die Sicherung des Industriestandorts Niedersachsen im alltäglichen Handeln um. Gute Arbeit und sichere Beschäftigungsverhältnisse, die dem Wandel trotzen und sich auch in den nächsten Jahrzehnten bewähren, müssen gemeinsame Aufgabe von Arbeitgebern, Gewerkschaften und vor allem der Politik sein. Dort, wo aus Sorgen Ängste werden und Ängste in Panik umschlagen, können rechte Demagogen ihre Fühler ausbreiten und mit einfachen Antworten die Spaltung der Gesellschaft in ihrem Sinne vorantreiben. Durch eine kluge Politik, die nicht im Elfenbeinturm agiert, sondern nah bei den Menschen und ihren Interessen ist, können Ewiggestrige in ihre Schranken gewiesen werden. Die Wahrung des Friedens sowie die Schaffung eines sozialen Ausgleichs sind nur einige Punkte unseres Zukunftsplans der IG Metall für Niedersachsen.

Wir bitten euch: Geht am 9. Oktober 2022 zur Landtagswahl und gebt eure Stimme für einen fairen Wandel und mehr soziale Gerechtigkeit ab.



Mehr finanzielle Mittel für die Gestaltung der Transformation

Die Industrie unseres Landes steckt in einem tiefgreifenden Wandel. Klimaschutz, globale Konkurrenz und technologischer Wandel verändern fast alles. Die Transformation betrifft viele Regionen und Branchen der IG Metall, von der Automobilindustrie über den Maschinenbau, die Stahlindustrie oder die Luftfahrtbranche bis hin zu den vielen Zulieferbetrieben der Metall- und Elektroindustrie. Einen derart fundamentalen Wandel muss die Politik aktiv begleiten und gestalten, er darf nicht den freien Marktkräften überlassen werden. Zur Bewältigung der Transformation braucht es große finanzielle Mittel: Der IG Metall Vorstand hat im Rahmen der Bundestagswahl 2021 ein Paket von mehr als 500 Milliarden Euro für die nächsten 10 Jahre gefordert. Analog dazu braucht es in diesem Zeitraum für den Umbau des Industriestandorts ein Transformationspaket von mindestens 50 Milliarden Euro.

Ferner erwarten wir, dass die im Jahr 2021 gegründete Transformationsagentur, welche unter Federführung der Sozialpartner ins Leben gerufen worden ist, perspektivisch mit zusätzlichen personellen Ressourcen und Finanzmitteln ausgestattet wird, um die Umstellung der Betriebe und Beschäftigten bei Dekarbonisierung und Digitalisierung zu unterstützen. Die Abstimmung der Ministerien zum Thema „Transformation“ muss in einer eigenen Stabsstelle bei der Staatskanzlei gebündelt werden. Dies umfasst auch eine systematische frühzeitige Beobachtung und Beeinflussung von Förderprogrammen und die Koordinierung von Antragstellungen aus dem Land. Es sollte zudem ein Transformationsatlas/Transformationsradar entwickelt werden, der regionale und branchenspezifische Risiken und Chancen im Kontext der Transformation aufzeigt und Vorschläge entwickelt, wie ein bestmöglicher Einsatz von Landes- und EU-Mitteln aussehen kann.



Mutige Investitionspolitik statt schwarzer Null

Das notwendige Investitionsvolumen darf nicht an der schwarzen Null scheitern, denn auch künftige Generationen profitieren davon und sollten an der Finanzierung beteiligt werden. In konservativen und wirtschaftsliberalen Kreisen wird stets das Bild gezeichnet, dass alleine ein ausgeglichener Landeshaushalt einen Beitrag für Generationengerechtigkeit bilde.

Doch was nützt ein abbezahltes Grundstück, wenn das darauf stehende Haus und das gelegte Fundament marode und brüchig sind? Was nützt es, wenn der Landeshaushalt ausgeglichen, aber massive Investitionsstaus im öffentlichen Gesundheitswesen, bei der digitalen Infrastruktur, im Bildungssektor oder bei öffentlichen Institutionen bestehen? Als IG Metall vertreten wir die klare Auffassung, dass den zukünftigen Herausforderungen nur mit einer mutigen und progressiven Finanzpolitik begegnet werden kann. Für die Aufgaben von Morgen darf es keine Finanzpolitik von vorgestern geben. Die schwarze Null ist eine klare Zukunftsbremse. Eine Möglichkeit für eine finanzpolitische Kehrtwende stellt die Schaffung eines Niedersachsenfonds (NFonds) dar, welcher die Aufgabe besitzt, den öffentlichen Kapitalstock in Niedersachsen mit öffentlichen Investitionen, Investitionszuschüssen und zinsgünstigen Krediten zu modernisieren. Eine unkontrollierte Verschuldung ist ausgeschlossen, da den Investitionen reale Vermögenswerte und eindeutige Refinanzierungs- und Tilgungspläne gegenüberstehen.

Um beispielsweise die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum voran zu bringen, braucht es massive Finanzvolumina, die unter anderem seitens des Landes aufgebracht werden müssen. Gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) halten wir es ferner für zwingend notwendig, dass eine Landeswohnungsbaugesellschaft gegründet wird und schnellstmöglich ein Aufbau von 40.000 landeseigenen Wohnungen in angespannten Wohnungsmarktregionen entsteht. Zudem bedarf es einer preisdämpfenderen Mietpolitik, beispielsweise durch die Kappung der Mieterhöhungen im Bestand sowie eine Schärfung der Mietpreisbremse.

Um dem entstehenden und bereits vorhandenen Fachkräftebedarf entgegenzuwirken, braucht es ein modernes Bildungswesen. Als IG Metall bekennen wir uns ausdrücklich zur dualen Ausbildung. Berufsbildende Schulen und Universitäten sind zentrale Säulen der Bildungslandschaft in Niedersachsen und elementarer Schlüssel bei der Nachwuchskräftegewinnung für die Industrie im Land. Dahingehend darf es kein Kaputtsparen an Bildungsstrukturen geben. Stattdessen braucht es ein deutliches Mehr an Geld für die berufsbildenden Schulen und Universitäten in Niedersachsen. Nicht zuletzt ist auch bei der politischen Bildung ein deutliches Plus im Haushalt notwendig. Gerade die Pandemie hat gezeigt, welchen Stellenwert die Bildung und der Lehrbetrieb besitzen. Um sowohl an Schulen als auch an Universitäten die Lehrbedingungen moderner und nachhaltiger zu gestalten, braucht es starke Investitionen ins Bildungswesen und einen zusätzlichen – abseits des Digitalpakts – Booster für die Digitalisierung. Ferner bedarf es einer „Initiative duale Berufsausbildung“, um dem Rückgang von Ausbildungsplätzen entgegenzuwirken und einen gezielten Beitrag zur Deckung der zur Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen notwendigen Fachkräftebedarfe zu leisten.



Turbo beim Ausbau der erneuerbaren Energien

Die Beschleunigung der Energiewende ist das zentrale Projekt auf dem Weg zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Industrie. Die Nachhaltigkeitsrevolution ist aber, wie wir jüngst sehen, auch ein Weg zu einem Stück mehr Freiheit: Wenn wir nicht länger abhängig von ausländischen Ressourcen wie Gas, Öl und Kohle sind, ist dies auch ein relevanter Faktor aus sicherheitspolitischer Sicht. In welche Zwänge sich die Bundesrepublik begeben hat, sieht man nicht zuletzt im Kontext des Krieges in der Ukraine.

Deutschland ist fast völlig aus der Atomkraft ausgestiegen, der Kohleausstieg ist beschlossen, die erneuerbaren Energien steigern ihren Anteil stetig. Gleichzeitig aber steigt der Bedarf an erneuerbarer Energie dramatisch an. Die Mobilitätswende gelingt nur durch weitgehende Elektrifizierung und der Wärmebedarf in den Bereichen Industrie und Gebäude ist enorm. Auch die Grundstoffindustrie und dabei besonders die Stahlindustrie benötigen künftig riesige Mengen erneuerbarer Energie.

Der schnellere Ausbau und die Schaffung von Akzeptanz für erneuerbare Energien sind daher die Kernaufgabe der Dekarbonisierung der deutschen Wirtschaft. Notwendig ist eine verlässliche und transparente Entwicklung der erforderlichen Flächen für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir brauchen verlässliche Ausbaupfade für Wind- (on- und offshore) und Solarenergie, um einen Anteil von mindestens 65 Prozent, besser 70 Prozent erneuerbarer Energien am Stromverbrauch 2030 zu erreichen. Dazu sind deutlich erhöhte jährliche Ausschreibungen nötig. Zum künftigen Strombedarf muss auch die Landesregierung realistischere Annahmen treffen. Mobilität, Grundstoffindustrie und Wärmesektor sind noch nicht ausreichend berücksichtigt.

Um die Klimaziele im Verkehr zu erreichen, brauchen wir in den kommenden Jahren vor allem batterieelektrische Fahrzeuge. Damit die angenommen werden, muss die private und öffentliche Ladeinfrastruktur mit Hochdruck ausgebaut werden. Hier gilt es regulatorische Hindernisse abzubauen, um mehr Tempo beim Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur zu ermöglichen. Hier ist ein riesiger Finanzmittelbedarf ersichtlich.

Niedersachsen besitzt als Küsten- und Flächenland ideale Voraussetzungen, um sich an die Spitze der Erneuerbare-Energie-Länder zu setzen. Für das Land wird es darum gehen, beim Ausbau der Ladeinfrastruktur für den Verkehr genauso mutig voranzugehen wie beim Netzausbau für den allgemein wachsenden Strombedarf und bei der Ausweisung von Flächen für erneuerbare Energien. Gleiches gilt für den Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur sowie bei der Förderung von Technologien für dessen Erzeugung und Lagerung.



Masterplan "Gute Arbeit"

Erst durch die Mitbestimmung wird die Demokratie auch in der Arbeitswelt gelebt. Auf dem Weg der Transformation der Industrie dürfen die sozialen Leitplanken keineswegs außer Acht gelassen werden. Die künftige Landesregierung ist gut beraten, wenn sie die Schaffung und Erhaltung guter sowie sicherer Arbeitsplätze in Niedersachsen in das Zentrum ihres Handelns stellt.

Ferner braucht es unserer Einschätzung nach einen Masterplan für gute Arbeit. So sollte bei der Vergabe öffentlicher Aufträge oder öffentlicher Förderung sichergestellt sein, dass faire Löhne bezahlt und die betriebliche Mitbestimmung eingehalten werden. Gute Arbeit ist auch ein Faktor für die Betriebe, wenn es um den Wettbewerb um die besten Köpfe geht. Exemplarisch ist der Handwerksbereich zu nennen, dessen Erfolg maßgeblich von der Deckung des Fachkräftebedarfs abhängig ist. Die Auftragsbücher sind voll, die Stellen in vielen Betrieben weiter offen. Für das Meistern der sozial-ökologischen Wende nimmt das Handwerk beispielsweise eine zentrale Rolle ein – ob beim Aufbau einer flächendeckenden Ladesäuleninfrastruktur oder der energetischen Gebäudesanierung. Um die Attraktivität von Handwerksberufen und vielen anderen Tätigkeiten in den verschiedenen Branchen zu erhöhen, sind gute Löhne, Mitbestimmung und Tarifverträge von zentraler Bedeutung.

Im Gleichklang mit dem DGB setzen wir uns für bessere Rahmenbedingungen bei Allgemeinverbindlichkeitserklärungen (AVE) ein, um die Geltungskraft von Tarifverträgen zu erweitern, sowie mehr Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von landesweiten Tarifverträgen. Zudem braucht es einen besseren gesetzlichen Rahmen zur Mitbestimmung, um rechtliche Lücken im deutschen Mitbestimmungsrecht zu schließen. Auch muss auf eine Erleichterung von Betriebsratswahlen hingewirkt werden und mehr Mitspracherechte von Betriebs- und Personalräten sowie Arbeitnehmervertreterinnen und -vertretern in Aufsichtsräten sichergestellt werden.

Die kommende Landesregierung muss sich mit absoluter Entschiedenheit dafür stark machen, dass die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern gilt und die Gender Pay Gap – die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern – endlich vollständig geschlossen wird – dort, wo Tarifverträge nicht vorhanden sind. Auch dem Kampf gegen Missbrauch von Werksverträgen sowie der strikten Kontrolle des Mindestlohns muss Priorität eingeräumt werden – Leiharbeit muss stärker reguliert werden und darf nur zur Deckung von Produktionsspitzen genutzt werden, nicht aber um Stammebelegschaften zu ersetzen.



Stärkung des ÖPNV

Das Auto bleibt vielerorts das Fortbewegungsmittel Nr. 1 – gerade im Flächenland Niedersachsen ist bei den derzeitigen Angeboten des öffentlichen Personennahverkehrs das zurückgreifen auf Bus und Bahn oftmals eine Herausforderung. Im Sinne der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, aber auch mit Blick auf die Arbeitswege der Beschäftigten zu den Betrieben, fordern wir einen massiven Ausbau des ÖPNV in Niedersachsen. Nicht nur, dass die Taktung und Routenführung – gerade auch mit Blick auf ländlichere Regionen – deutlich zu verbessern ist, muss auch eine preisliche Anpassung stattfinden, sodass das Bus- und Bahnfahren in Niedersachsen massiv an Attraktivität gewinnt. Hemmnisse wie Verbundstrukturen müssen überwunden werden, um den Bürgerinnen und Bürgern im Land ein kostenattraktives Mobilitätsangebot an die Hand zu geben. In diesem Kontext sprechen wir uns klar für die Einführung eines 365-Euro-Tickets für alle Bevölkerungsteile aus.



STIMMEN AUS DEN BETRIEBEN

ZUR LANDTAGSWAHL:

„ Es braucht endlich den großen Wurf bei der Energiewende und einen Turbo beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir können nicht länger warten! Es geht dabei nicht nur um die Reduzierung der Abhängigkeit beispielsweise mit Blick auf russische Kohle oder Gas. Nein, es geht auch um die Abwendung der dramatischen Folgen des Klimawandels. Zeitgleich ist klar: Wir brauchen auf dem Weg des Wandels der Industrie hunderttausende Fachkräfte - diese wachsen nicht an Bäumen. Fachkräfte sind rar, zugleich bieten immer weniger Unternehmen auch Ausbildungsplätze an. Diesen Widerspruch muss die Politik erkennen und diesem Trend mit einer Fachkräfteoffensive entgegenwirken. Es braucht gute Arbeit, sichere Tarifverträge und faire politische Rahmenbedingungen! “



Thorsten Gröger, *Bezirksleiter der IG Metall Niedersachsen und Sachsen-Anhalt*



„ Die anstehende Landtagswahl in Niedersachsen entscheidet wesentlich mit darüber, ob die Transformation der Automobilindustrie gelingt und Niedersachsen als Vorbild für Deutschland voranschreitet. Als Volkswagen-Konzern sind wir mitten im Wandel und bereit, alles dafür zu tun, Mobilität nachhaltig zu gestalten. Aber das gelingt uns nicht allein, wir brauchen weiterhin die Unterstützung des Landes als verlässlichen Partner auf diesem Weg. Nur im Schulterschluss aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft können wir dafür sorgen, dass erneuerbare Energien noch stärker ausgebaut, die Ladeinfrastruktur für Elektromobilität flächendeckend verbessert und der soziale Wandel im Sinne der Beschäftigten gestaltet wird. Das ist der Weg, um gemeinsam die Arbeitsplätze in der Industrie zukunftsorientiert auszurichten und die Menschen im Wandel mitzunehmen. “

Daniela Cavallo, *Vorsitzende des Gesamtkernbetriebsrats der Volkswagen AG*

„ Fairer ökologischer Wandel bedeutet, dass sich die Politik für den Erhalt der vollständigen industriellen Wertschöpfungskette in der Transformation einsetzen muss. Nur dann können wir unsere Arbeitsplätze nachhaltig sichern, die Akzeptanz der Beschäftigten für den ökologischen Umbau gewinnen und unsere Industriestandorte stärken. Die Arbeitnehmer*innen der Salzgitter AG haben deshalb die klare Erwartungshaltung, dass die neue Landesregierung den Umbau unseres integrierten Hüttenwerks auf eine CO2-neutrale Stahlproduktion tatkräftig unterstützt. Sie muss Rahmenbedingungen schaffen und finanzielle Förderung ermöglichen, damit wir ausreichend grünen Stahl für klimaneutrale Produkte der weiterverarbeitenden Industrie produzieren können. “



Hasan Cakir, *Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der Salzgitter AG*



„ Gute Arbeit, faire Löhne und mitbestimmte Unternehmen – das ist die Zukunft. An die Politik ist die klare Erwartungshaltung, dass nach der Pandemie und mit Beginn der neuen Legislaturperiode „Gute Arbeit“ eben keine Floskel bleibt, sondern massiv mit Leben gefüllt wird. Konkret heißt das: Das Land muss in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften einen Masterplan für gute Arbeit erarbeiten. So sollten künftig öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben werden, die ihre Beschäftigten nachweislich nach Kriterien der guten Arbeit angestellt haben – gleiches gilt auch für Landesförderungen. Tarifflicht, Union Busting und Lohndumping dürfen nicht staatlich unterstützt werden! “

Jens Schäfer, *Betriebsratsvorsitzender bei ZF CV Systems Hannover GmbH*

Nur durch eine starke und einflussreiche IG Metall können wir gemeinsam sichere, gute und fair bezahlte Arbeit erkämpfen – und als Mitglied profitierst du von noch mehr Vorteilen!
Komm in unsere Mitte! ▶ igmetall.de/beitreten

Am 09. Oktober ist
Landtagswahl:
Wählen gehen!